

Offener Brief

an die Verantwortlichen der Aufkündigung der Zusammenarbeit
mit Prof. Dr. Martin van Creveld
an der Universität Trier

Mit großem Bedauern habe ich zur Kenntnis genommen, daß die geplanten Veranstaltungen mit Prof. Dr. Martin van Creveld nach seinem umstrittenen Vortrag vom 17. Oktober 2011 abgesagt worden sind. Ich halte diese Entscheidung für falsch und möchte mit diesem „Offenen Brief“ auf die laufende Debatte reagieren.

Seit über zehn Jahren arbeite ich an der Universität Trier. Ich habe bislang stets darauf verzichtet, mich in derartige Debatten mit „Offenen Briefen“ o.ä. einzumischen. Auch dieses Mal habe ich gezögert, zumal mir mehrere Kollegen davon abrieten („Seien Sie vorsichtig. Sie wissen ja, mit wem Sie sich da anlegen.“). Da die Debatte mittlerweile die nationalen Medien erreicht hat und Markus Böhm in SPIEGEL ONLINE vom 27. Oktober 2011 („Uni Trier brüskiert renommierten Kriegsforscher“) auf ein Abendessen mit Herrn van Creveld Bezug genommen hat, bei dem sich anwesende Trierer Professoren nicht kritisch zum Vortrag geäußert hätten, möchte ich auf diesem Wege zu dem Vorfall Stellung beziehen. Neben Herrn Prof. Dr. Ulrich Port gehörte ich zu den beiden Professoren, die mit Herrn van Creveld nach seinem Vortrag zu Tisch saßen. Und in der Tat: Ich habe keine Kritik an seinem Vortrag geäußert, sondern mich auf fachliche Nachfragen konzentriert.

In meinem „Offenen Brief“ möchte ich keinen Diskussionsbeitrag zum Thema „Männer, Frauen und Krieg“ leisten. Mir geht es um etwas ganz anderes: Umgangsformen.

Zunächst ist festzustellen, daß sich sehr viele Personen inhaltlich zu dem Vorgang äußern, die den Vortrag nicht persönlich gehört haben. Der Präsident der Universität Trier, Herr Prof. Dr. Michael Jäckel, gehörte ebensowenig zu den Zuhörern wie der geschäftsführende Leiter des Historisch-Kulturwissenschaftlichen Forschungszentrums (HKFZ) Trier, Herr Prof. Dr. Martin Przybilski. Daß sich beide gleichwohl als Funktionsträger zum Vorgang äußern (mußten), ist nachvollziehbar. Die Erklärungen sind im Ton sachlich, das HKFZ Trier zeigt sich zurecht, aber auch in ehrenhafter Form selbstkritisch.

Angemessen ist die Entscheidung, die Zusammenarbeit mit Herrn van Creveld aufzukündigen, dennoch nicht. Ich war am 17. Oktober 2011 als Gast im Vortragsraum anwesend. Mit Interesse habe ich den Ausführungen von Martin van Creveld zugehört. Mein Eindruck: Das Thema ist nicht so absurd, wie es nun vereinzelt dargestellt wird. Es macht durchaus Sinn zu hinterfra-

gen, ob sich aus der Tatsache, daß Frauen Kriegsspiele mit großer Mehrheit ablehnen, gesellschaftspolitische Schlußfolgerungen ableiten lassen. Den Vortrag habe ich als sachlich empfunden. Aber in der Tat: In der Diskussion ließ sich Herr van Creveld zu vereinzelt Äußerungen hinreißen, aus denen sich ein chauvinistischer Unterton heraushören ließ. Und natürlich gilt für jeden Wissenschaftler, Thesen zu begründen und sich nicht hinter Renommee zu verstecken. Was ich vermißt habe: Diejenigen, die sich nun empören, hatten im Vortragsraum nicht den Schneid, Herrn van Creveld offen argumentativ entgegenzutreten. Warum hat niemand gefragt: „Herr van Creveld, ich halte Teile Ihrer Ausführungen für frauenfeindlich. Wie lassen sich Ihre Anmerkungen mit wissenschaftlichen Ansprüchen vereinbaren?“

Das HKFZ hätte wissen müssen, wen es einlädt. Herr van Creveld liebt es, seine Zuhörer zu provozieren. Seine Ausführungen zum Verhältnis Frauen und Krieg waren ebenso bekannt wie die Tatsache, daß er regelmäßig für die „Junge Freiheit“ schreibt. Aus dieser Sicht ist das geäußerte Entsetzen nicht nachvollziehbar. Besser wäre es gewesen, wie dies ja auch der ehemalige Präsident der Universität Trier, Herr Prof. Dr. Peter Schwenkmezger, angemahnt hat, die inhaltliche Auseinandersetzung mit Herrn van Creveld zu suchen. Für einen Wissenschaftler ist es sehr demütigend, in der gegenwärtigen Form vorgeführt zu werden – zumal er selbst durch seine zahlreichen Veröffentlichungen mit offenen Karten gespielt hat.

Die sich dem Vortrag vom 17. Oktober 2011 anschließende Berichterstattung in Teilen der Trierer Medien erscheint mir insgesamt etwas verkürzt. Es ist kein Kunststück, einen Referenten anzuprangern, wenn man einzelne Aussagen des Vortrages geschickt aneinanderreihet und dabei nur noch am Rande auf das eigentliche Vortragsthema eingeht. Festzustellen ist allerdings auch: Wer als Referent in öffentlichen Vorträgen gewagte Thesen vertritt oder sich flapzig äußert, muß Kritik aushalten. Und wer einlädt, sollte beides ertragen.

Für besonders problematisch halte ich in diesem Zusammenhang den „Offenen Brief“ der Trierer Studierendenschaft vom 21. Oktober 2011, der in seiner inhaltlichen Stoßrichtung sehr einseitig ist und der einen klaren ideologischen Farbanstrich trägt. Nur die wenigsten Unterzeichner haben den Vortrag am 17. Oktober 2011 zudem persönlich gehört, und auch von diesen hatte keiner den Mut, sich kritisch zu äußern. Es ist dann wenig beeindruckend, sich im Nachgang als akademischer Heckenschütze zu betätigen.

Als Universitätsdozent halte ich es für selbstverständlich, daß sich Studenten in gesellschaftliche Fragen einmischen oder Entscheidungen universitärer Gremien hinterfragen – und natürlich kann man auch die Entlassung von Martin van Creveld fordern! Was mich stört: Die Forderungen sind zum Teil unsachlich, zum Teil wird ein doppelter Maßstab angelegt. Herrn van Creveld als antiisraelisch und militaristisch zu bezeichnen, ist wahrlich absurd. Und der Universität vorzuhalten, sie dürfe solchen Personen keinen öffentlichen Raum bieten, dürfte zu-

mindest den Trierer Beobachter verwundern: War die Universitätsleitung nicht mehr als großzügig, als Trierer Studenten über Tage im Herbst 2009 das Audimax besetzt hielten und damit den größten Hörsaal in illegaler Weise als öffentlichen Raum nutzten?

Wenn ich mir nun die üblichen linken und rechten Internetforen anschau – eine wahre Spielwiese für den digitalen Guerillero –, dann scheint Martin van Creveld nur noch der Anlaß zu sein, um sich erneut ideologische Gefechte zu liefern. Ein besonders heißes Eisen ist dabei die Bewertung der Wochenzeitung „Junge Freiheit“, für die Martin van Creveld regelmäßig schreibt. Als Demokrat sehe ich das sehr entspannt: Es muß Medien für das linke wie das rechte Meinungsspektrum geben. Und wer es nicht aushält, daß es für die einen die „taz“ und die anderen die „Junge Freiheit“ gibt, der darf sich ruhig empören. Problematisch wird es dann, wenn man versucht, demokratische Freiheiten so zu definieren, daß sie nur noch das eigene Weltbild abdecken.

Ist Martin van Creveld also ein Radikaler, weil er für die „Junge Freiheit“ schreibt? Hier ist deutlich zwischen „Neuer Rechter“ und der NPD zu unterscheiden. Erstere ist rechtskonservativ, die zweite klar verfassungsfeindlich und in ihrer Agitation regelmäßig offen nationalsozialistisch. Beide Strömungen pauschal in einen Topf zu werfen, wird deren inhaltlicher Ausrichtung nicht gerecht. Und es entspricht auch nicht jener Differenzierung, die der Trierer ASTA bei anderen Themen fordert. Nebenbei sei darauf hingewiesen, daß u.a. Altbundespräsident Roman Herzog (2011), der einstige Bischof von Trier, Reinhard Marx (2008), der Architekt der Ostpolitik Willy Brandts, Egon Bahr (2004), und Charlotte Knobloch in ihrer damaligen Eigenschaft als Vizepräsidentin des Zentralrats der Juden in Deutschland (2000) der „Jungen Freiheit“ Interviews gegeben haben.

Zur demokratischen Auseinandersetzung gehört, sich klar gegen die Positionen von Wissenschaftlern und Wochenzeitungen zu stellen. Für bedenklich halte ich dagegen folgende Erscheinungen, für die der Trierer Fall exemplarisch ist, die letztlich aber ein gesamtdeutsches Phänomen sind:

(1) Politische Diskurshegemonien verschieben sich je nach Zeitgeist. Wurden in den 60er Jahren linksorientierte Bürger gerne vorschnell zu Kommunisten erklärt, so müssen heute konservative Bürger die Erfahrung machen, schnell in die Nähe zum Rechtsextremismus gestellt zu werden. Ändert sich somit zyklisch die Diskurshegemonie, gilt selbiges nicht für die Mechanismen der Ausgrenzung. Dabei wird dann jeweils leider vergessen, daß Mehrheiten nicht zwingend Wahrheiten abbilden.

(2) Gesellschaftliche Minderheiten fordern zurecht Toleranz, um sich aus ihrer Ausgrenzung zu befreien. Dabei ist zu beobachten, daß sie – einmal in den Status einer akzeptierten gesellschaftlichen Gruppe gehoben – dann oft selbst zum Mittel der Intoleranz greifen, um gesell-

schaftliche Gruppierungen mit abweichender Positionierung im politischen Abseits zu halten. Hier gelten leider doppelte Standards, die nicht gerade für eine demokratische Streitkultur sprechen.

(3) Die rhetorischen Keulen des Faschismus- oder Rechtsextremismus-Vorwurfes werden in unserem Land sehr schnell ausgepackt, um den politischen Gegner zu diffamieren. Dabei wird übersehen, daß solchen Vorwürfen auch eine verharmlosende Komponente innewohnt: Haben wir wirklich vergessen, wie brutal die Nationalsozialisten von 1933 bis 1945 wüteten? Sollte man also nicht etwas vorsichtiger sein, wenn man entsprechende Vergleiche zieht?

Es ist gut, daß sich unsere Studenten politisch organisieren. Jene, die nun gegen Martin van Creveld rhetorisch zu Felde ziehen, sollten dabei aber folgendes berücksichtigen (ich greife hier auf zahlreiche Gespräche mit Studenten zurück):

(1) Viele ihrer Mitstudenten durchschauen Empörungsmechanismen. Sie können zwischen ideologisch motivierten Forderungen und Sachpolitik unterscheiden.

(2) Unsere studentischen Sprachrohre haben sich zwar formal korrekt etabliert. Die faktische Legitimation, also die Anerkennung durch die Mehrheit der Studenten, steht gleichwohl auf dünnem Eis. So haben sich an der Wahl zum Trierer Studierendenparlament 2010 nur 9,54 % der Studenten beteiligt. Vor diesem Hintergrund wäre es durchaus angemessen zu reflektieren, wie groß die Akzeptanz gerade der Autoren des „Offenen Briefes“ unter den Trierer Studenten tatsächlich ist. Die Unterzeichnerliste legt zumindest eine sehr einseitige politische Ausrichtung nahe.

(3) Am wichtigsten erscheint mir aber folgende Feststellung: Die Forderung nach Differenzierung ist keine Einbahnstraße.

Deutschland braucht nicht Einfalt, sondern Vielfalt im politischen wie wissenschaftlichen Diskurs. Es ist bedenklich, wenn man immer häufiger selbst unter Kolleginnen und Kollegen den Satz „Das darf man so ja öffentlich nicht sagen.“ hört. Dies und andere Entwicklungen sorgen dafür, daß einige Mitbürger sich in die geistige Republikflucht begeben (u.a. durch Wahlenthaltung etc.). Ideologische Härte trägt zudem zu Ansätzen eines Klimas von Angst bei, das ich so nur aus autoritären Systemen kenne. Unsere Demokratie hat das nicht nötig.

Wagen wir alle eine wenig mehr Toleranz für Andersdenkende. Vor allem aber sollten wir Diskussionen ohne Scheu annehmen und abweichende Meinungen mit etwas mehr Gelassenheit kommentieren. Die universitären Umgangsformen sollten sich dann doch ein wenig von dem unterscheiden, was in deutschen Talkshows zelebriert wird.